Offshore-Strom ist ein Flop

Durch Flauten erbringen Offshore-Windparks nur 38 Prozent der möglichen Leistung.

Der Bau von Windstromanlagen auf hoher See kommt nur schleppend voran. Ursachen sind dilettantische Gesetze, schwer kalkulierbare hohe Montagekosten, ungewisse Betriebsdauer, hohe Wartungskosten und unklare Zuständigkeiten bei der Netzanbindung. Zum Glück - denn der Offshore-Strom kostet mehr als der derzeitige mittlere Endverbraucher-Strompreis, der noch viele andere Kostenpositionen neben der Erzeugung enthält. Trotzdem spricht die Bundesregierung vom Herzstück der Energieversorgung.

Nur 1/3 der installierten Leistung
Gegenwärtig werden in Nordsee und Ostsee 52 Windgeneratoren mit einer installierten Leistung von 200 Megawatt betrieben. Die erzeugte Leistung dieser Anlagen schwankt je nach Windstärke zwischen Null und der installierten Leistung. Im Mittel wird etwa ein Drittel der möglichen Leistung erzeugt. Das ist weniger als 10 Prozent eines üblichen Dampfkraftwerkes. Der Bau solcher Windstrom-Anlagen kostet aber fast so viel wie der Neubau eines Dampfkraftwerkes.

Trotz dieser unwirtschaftlichen Relation sollen nach den Ausbauplänen der Bundesregierung im Jahr 2013 mehr als 700 Windstromanlagen mit einer Nennleistung von 3000 Megawatt Strom erzeugen. Dies wird mit Sicherheit nicht erreicht werden. Volkswirtschaftlich gesehen können wir darüber alle nur froh sein.

Haarsträubende Gesetzgebung
Ein wesentlicher Grund für den zögerlichen Bau von Offshore-Windkraftwerken sind dilettantische Gesetze. Politiker glauben offensichtlich, ein Gesetz zur Anbindung von Offshore-Anlagen werde automatisch durch die Netzbetreiber erfüllt, wenn es erlassen wird. Sie übersehen, dass die Netzbetreiber durch diese politischen Ausbaufantasien finanziell überfordert sind. Desweiteren nehmen sie an, dass der Strom auf hoher See problemlos an den Netzbetreiber übergeben wird. Allerdings muss erst einmal geklärt werden, wie die teuren Stromleitungen durch das Naturerbe Wattenmeer finanziert werden können, und wer haftet, wenn der Strom nicht vom Netzbetreiber übernommen wird.

Teure Haftung
Die Bundesregierung hat festgelegt, dass der Stromkunde mit einem Aufschlag von 0,25 Prozent pro Kilowattstunde auf den Strompreis haftet. Dies erscheint wenig. Durch diesen Aufschlag verteuert sich der Strom um rund eine Milliarde Euro jährlich. Das sind 12 Euro pro Stromkunde. Der Staat bereichert sich zusätzlich mit rund 190 Millionen Euro durch die Mehrwertsteuer, die auf die Haftungssumme aufgeschlagen wird. Das sind weitere 2,50 Euro, die aufgebracht werden müssen.

Sinnvoll ist, dem Betreiber von Offshore-Anlagen auch den Stromtransport an Land zu übertragen, um Haftungsfragen auszuschließen. Dazu müsste aber die Vergütung nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) von Offshore-Strom von 16 Cent pro Kilowattstunde um weitere fünf Cent erhöht werden. So viel kostet der Stromtransport von den Windparks bis zur Küste. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Damit würde ein Offshore-Strompreis ausgewiesen, der höher ist, als ihn die deutschen Haushalte derzeit Zeit zahlen. Die unsinnige Aufteilung verschleiert, wie hoch die Offshore-Stromkosten tatsächlich sind.

Ungeklärte Netzanbindung
Der Ausbau der Offshore-Stromerzeugung wird durch die bisher ungeklärte Anbindung der Windparks an das Netz verzögert. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden in Zukunft weitere Windparks gebaut, die mangels Anschluss keinen Strom in das deutsche Netz liefern. Die Betreiber erhalten dann trotzdem die Vergütung nach dem EEG laut der Haftungsverordnung der Bundesregierung. Der Staat ist geübt in Geldverschwendung. Mitten in der Landschaft stehende Brücken für Strassen, die nie gebaut wurden, sind Denkmale eines solchen Unfugs.

Zweifelhafte Betriebsdauer
Ein weiterer Grund für den zögerlichen Ausbau der Offshore-Stromanlagen ist deren mögliche Betriebsdauer. Es liegen keine Erfahrungen über die Haltbarkeit in der rauen See vor. Es ist fraglich, ob sie eine Lebensdauer von mehr als 20 Jahren erreichen. Das salzige Meerwasser ist hoch korrosiv. Die starken Strömungen durch die Gezeiten nagen an der Gründung der Masten. So hat es der größte deutsche Hersteller von Windgeneratoren, die Enercon in Aurich, abgelehnt, Offshore-Anlagen zu bauen. Siemens hat bisher erhebliche Verluste im Offshore-Geschäft erzielt und zieht sich zurück. Große Stromkonzerne haben ihre Planungen aufgegeben. Banken halten sich mit Krediten zurück. Nur Investoren, die noch mit Geldern von Anlegern arbeiten, verfolgen den Bau von Offshore-Windparks weiter. Sie erhalten hohe Summen für ihre Geschäftsführung, bis das Geld der Anleger aufgebraucht ist. Anleger sollten hier vorsichtig sein.

Unsichere Investitionen
Viel Geld wurde inzwischen investiert, um Offshore-Windgeneratoren zu bauen. Häfen wurden erweitert, um sperrige Teile zu verschiffen. Neue Hallen in Hafennähe wurden errichtet zum Bau der riesigen Fundamente und Flügel. Spezielle Montageschiffe hat die Hoch-Tief AG in Dienst gestellt. Es ist mehr als fraglich, ob sich diese Investitionen rentieren können. Sie sind in einer freien Marktwirtschaft unwirtschaftlich. Die Investoren verlassen sich auf planwirtschaftliche Förderungen, die jederzeit geändert werden können. Sich hier zu engagieren, ist leichtfertig.

Stromlos bei Flaute
Völlig offen ist bisher, wer bei Flaute Strom erzeugt, wenn die konventionellen Kraftwerke stillgelegt worden sind. Nach den Statistiken der NAEB liefern Offshore-Windanlagen maximal 38 Prozent der Nennleistung. Über die verbleibenden 62 Prozent schweigen sich Politiker, Netz-Verantwortliche und erst recht die Betreiber aus. Es ist irreführend, über Stromspeicher zusprechen, die es nicht gibt. Nur marginale Leistungsmengen werden von Pumpspeicher-Kraftwerken erbracht. Es sind keine Entwicklungen absehbar, die die derzeitige Lage ändern.

Diese Analyse belegt erneut, wie das planwirtschaftliche und unsoziale EEG alle ärmer macht. Selbst die Firmen und Anleger, die mit Hilfe des EEG Gewinne erzielen wollen, manövrieren sich in den wirtschaftlichen Ruin. Das EEG muss so schnell wie möglich ausser Kraft gesetzt werden. Dies fordert mit immer mehr Mitbürgern die NAEB Nationale Anti-EEG Bewegung e.V. Immer mehr Menschen wehren sich gegen diese unsinnige und räuberische Politik und engagieren sich bei der NAEB. Über www.naeb.info ist es möglich, Mitglied zu werden.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Beiratsvorsitzender NAEB e.V.

Pressekontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
info@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Prof.Dr. Hans-Günter Appel
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
Hans-Guenter.Appel@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie/Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. naeb e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild